

**Christina Küsters  
Vorsitzende der CDU-Fraktion  
im Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr**

**Sperrfrist: 19. Feb. 2021  
16.00 Uhr**

***Rede  
zur Verabschiedung  
des Haushaltes 2021  
am  
19. Februar 2021***

**Es gilt das gesprochene Wort!**



Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

noch immer sind wir Stärkungspaktkommune. Noch immer sind die finanziellen Spielräume in unserem Haushalt angesichts einer mit über zwei Milliarden Euro exorbitant hohen Verschuldung Mülheims fast verschwindend gering.

Doch wir wollen als CDU-Fraktion der Stadt Mülheim an der Ruhr und seinen Bürgerinnen und Bürgern wieder eine wirkliche Perspektive geben.

Wir wollen das hart zurückgearbeitete Vertrauen der Gemeindeprüfungsanstalt NRW, der Bezirksregierung und des Landes nicht verspielen, sondern verlässlicher Partner sein.

Endlich steht an der Spitze der Verwaltung wieder ein Oberbürgermeister, der mit seinem Stil und seinem Amtsverständnis als engagierter Vertreter der Stadt wahrgenommen wird. Die Zeit des Stillstandes in der Stadtspitze ist vorbei. Es geht ein Ruck durch die Stadt. Projekte werden wieder energisch angepackt, zusammen mit dem Rat der Stadt bereits in den ersten hundert Tagen des OBs z.B. in der Wirtschaftsförderung, unter Beachtung der klima- und umweltpolitischen Ziele, bei mehr Sauberkeit, Sicherheit und Ordnung- kräftige Signale der Tat werden gesetzt.

Auch wir wollen als CDU-Fraktion und als neue Verantwortungsgemeinschaft das Signal setzen, vorausschauend, sorgsam und zuverlässig zu handeln.

Und so haben wir in den vergangenen Wochen nicht nur um eine Lösung gerungen, die die Löcher in der Haushaltsskasse 2021 stopft, sondern es uns zum Ziel gesetzt, eine Perspektive, den

haushälterischen Weg bis zum Ende des Stärkungspaktes im Jahre 2023 zu erarbeiten.

Diese liegt heute mit dem schwarz-grünen Haushaltsbegleitantrag vor Ihnen.

Es ist uns gemeinsam gelungen, dass wir in den nächsten Jahren nicht mit Steuererhöhungen rechnen müssen und nicht über Erhöhungen der Elternbeiträge im Kita- und OGS-Bereich diskutieren müssen.

Es ist uns gemeinsam gelungen, dass die Trägeranteile der KiTas stabil bleiben und die im Haushaltsentwurf des Kämmerers vorgeschlagenen Reduzierung in diesem Bereich nicht stattfindet und es ist uns gelungen, dass die vorgeschlagenen OGS-Kürzungen erheblich abgemildert werden konnten und wir gleichzeitig auch durch Investitionen in den OGS-Ausbau die Voraussetzungen für zusätzliche Plätze im Ganztag schaffen.

Bereits an dieser Stelle möchte ich mich herzlich für das Engagement der Träger, aber auch der Schulen und aller Beteigter im Prozess der Haushaltsberatungen bedanken. Begleitet von einem intensiven Meinungsaustausch mit den Betroffenen und Partnern bei KiTas und OGS haben wir uns ernsthaft mit den kritischen Beiträgen auseinandergesetzt und sie im großen Umfang auch berücksichtigen können.

Mit dem nun erarbeiteten Haushaltsbegleitbeschluss halten wir unser Wort, Steuern und Beiträge, wann immer möglich, nicht zu erhöhen. Wir geben den Trägern der Kindertagesstätten Planungssicherheit für die nächsten Jahre.

Wir ermöglichen den OGS-Trägern eine verlässliche Planung und treiben den Ausbau zusätzlicher Plätze weiter und zügiger voran.

Mit der Verabschiedung des Haushaltes schaffen wir die Voraussetzungen für eine Vielzahl von freiwilligen Maßnahmen, die Voraussetzung für die Auszahlung der Stärkungspaktmittel in Millionenhöhe, verbessern die Bonität der Stadt und verhindern - nicht zuletzt - die Entsendung eines Beauftragten der Landesregierung, der an Stelle des Rates weit schmerzhaftere Entscheidungen treffen würde, während wir tatenlos zuschauen müssten.

Natürlich fallen auch uns die zu treffenden Entscheidungen nicht leicht und es ist uns bewusst, dass es durch diese auch zu Einschnitten kommen wird.

Doch Mülheim an der Ruhr ist Stärkungspaktkommune und muss sich angesichts der dramatischen Verschuldung mit über 2 Milliarden Euro seiner Rolle im Stärkungspakt immer wieder bewusst werden. Die Stadt bekommt seit 2018 nur unter strengsten Auflagen und Bedingungen Entschuldungshilfen vom Land Nordrhein-Westfalen. Insoweit übernehmen wir den Auftrag der Gestaltung bereits mit einer großen Hypothek und einem schwer zu schleppenden Päckchen.

Es bleibt dabei, dass längst nicht alle unsere Probleme hausgemacht sind, sondern dass uns nach wie vor Aufgaben übertragen sind, die der Bund und das Land nicht im Rahmen der verfassungsrechtlich verankerten Konnexität komplett der Kommune erstatten.

Weitere Entlastungsmaßnahmen müssen bundes- und landeseitig folgen.

Dennoch nutzen bloße Beschwerden und die Ablehnung von Einsparvorschlägen nichts. Es müssen konkrete Entscheidungen getroffen werden, wie die Lasten möglichst vertretbar verteilt werden können.

Natürlich ist es einfacher, Vorschläge bloß abzulehnen. Es ist einfach, immer wieder vorzuschlagen, dass ein Betrag für die Instandsetzung des VHS-Gebäudes eingesetzt werden soll, aber keine Antwort darauf zu geben, wo das Geld herkommen soll, welche Schulen, welche Gebäude dafür nicht hergerichtet werden können.

Es ist einfach, direkt in den ersten Gesprächsrunden mitzuteilen, dass man Vorschläge kategorisch ablehnt, ohne einen einzigen Vorschlag zu machen, wie der Haushalt denn durch die Kommunalaufsicht genehmigungsfähig wird und gelingen soll.

Entsetzt bin ich darüber, dass sich die SPD, die in der Vergangenheit solch ein Verhalten immer scharf kritisiert hat, nun lieber Fundamentalopposition betreiben will.

Die von ihrem eigenen SPD-Kämmerer vorgebrachten Vorschläge wurden -im KiTa-Bereich noch vor Einbringung! des Haushaltes - abgelehnt. Das war vor über zehn Wochen!

Zehn Wochen, in denen nicht ein einziger Vorschlag gekommen ist, wie ein genehmigungsfähiger Haushalt zustande kommen soll.

Verwiesen wurde lediglich, zuletzt im Finanzausschuss, darauf, die gestalterische Mehrheit liege nun ja nicht mehr bei der SPD. Stattdessen wurde zunächst fälschlicherweise behauptet, die Kürzungsvorschläge habe allein der OB eingebracht - nun soll es auf einmal das schwarz-grüne Bündnis gewesen sein.

Auch uns haben die von der Kämmerei gemachten Einsparvorschläge von Anfang an nicht gefallen und große Sorgen bereitet.

Wir aber nehmen den Gestaltungsauftrag der Bürgerinnen und Bürger als stärkste Fraktion gerne an. Wir haben das aber auch all die letzten Jahre getan, als noch ein SPD-Oberbürgermeister der Stadtverwaltung vorstand.

Weil wir alle als gewählte Mitglieder dieses Rates Politik für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt machen sollen und es unsere Aufgabe ist, konstruktiv mitzuwirken und Lösungen zu suchen.

Statt gemeinsam Vorschläge zu erarbeiten, setzt die SPD auf blanken Populismus und setzt ihre Prioritäten darauf, alles zu kommentieren, was der Oberbürgermeister, seine Dezernenten oder das schwarz-grüne Bündnis tun und hierzu „aktuelle Fragen“ zu stellen.

Während sie im Bildungsausschuss -pauschal und ohne konkret zu werden- verlautbaren lässt, man könne beim ÖPNV noch sparen, fällt sie im Mobilitätsausschuss lediglich durch kostspielige Vorschläge auf.

Während sie in Pressemitteilung verlautbaren lässt, es müsse alles daran gesetzt werden, die Kürzungsvorschläge abzuwenden, tut sie dafür...nichts!

Wir aber haben nun den Weg bis zur Beendigung des Stärkungspaktes erarbeitet.

Die Kürzungsvorschläge bei der Übernahme der Trägeranteile der KiTas konnten wir vollständig verwerfen.

Wir geben so den Trägern der Kindertageseinrichtungen in unserer Stadt Planungssicherheit, sichern Projekte in den KiTas und legen den Grundstein für den weiteren Ausbau von Plätzen in einer vielfältigen Trägerlandschaft.

Die Kürzungen im OGS-Bereich konnten wir erheblich abmildern.

Die jetzige Reduzierung entspricht einer Kürzung um 0,2 Stellen je Gruppe.

Mit einem Personalschlüssel von 1,8 bei den 1. Gruppen und 1,3 bei den weiteren Gruppen und mit dem sich neu ergebenden Eigenanteil der Stadt leisten wir uns im Vergleich noch immer einen weit überdurchschnittlichen offenen Ganztags. Dieses ist auch gut so, weil uns die Kinder, ihre Familien und ihre Entwicklung am Herzen liegen. Wir schaffen gleichzeitig aber auch die Voraussetzungen, um den anstehenden Ausbau besser bewältigen zu können und weitere Plätze zur Verfügung zu stellen.

Ein Ansatz, mit dem die vorgeschriebene Einsparsumme zu erzielen wäre, könnte sein, die zusätzliche Betreuung durch das OGS-Personal im Unterricht während der Kernschulzeit von 9.00 – 12.00 Uhr neu zu strukturieren.

Die in Mülheim vorgeschriebene höhere Qualifikation an pädagogischen Kräften im Vergleich zur Landesvorgabe bleibt erhalten und sichert auf Dauer unsere hohe Qualität der Betreuung. Die Ganztagsbetreuung ist wie bisher uneingeschränkt garantiert.

Mit der begleitenden Schaffung von zusätzlichen Räumlichkeiten und der Bereitstellung von Mitteln für die vorbereitenden Untersuchungen zum weiteren OGS-Ausbau legen wir einen konkreten Grundstein für die Bereitstellung weiterer Plätze.

Bei der Zusammenführung und Modernisierung der städtischen Bibliotheksdienste im Medienhaus und der Prüfung der zukünftigen Nutzungsmöglichkeiten ist uns als CDU-Fraktion eine Einbindung aller Beteiligten in den Prüfvorgang sehr wichtig. In einem Stufenmodell soll die Zusammenführung der städtischen Bibliotheksdienste sukzessive erfolgen. Das digitale Onleihe-Format, dessen Nachfrage steigt, wollen wir stärken.

Im Rahmen der Prüfung der zukünftigen Nutzungsmöglichkeiten der bisherigen Bibliotheksräume, z.B. zur Deckung eines erhöhten Raumbedarfes für die OGS oder aufgrund des Wechsels von G8 zu G9, aber auch der Auslotung möglicher Kooperationen oder neuer Strukturen durch bürgerschaftliches Engagement, sollen ehrenamtlich Tätige, wie z.B. der Freundeskreis der Stadtbibliothek, Schulen, Begegnungsstätten und die Kirchen mit eingebunden werden, um passgenaue Lösungen für jeden einzelnen Standort zu entwickeln.

Auch wenn pandemiebedingt auf absehbare Zeit keine repräsentativen Fahrgastzahlen vorliegen werden, darf das Konsolidierungsziel im ÖPNV ebenso wie die Neuaufstellung des Nahverkehrsplans nicht aus den Augen verloren werden. Überfällig sind die Einstellung von Parallelverkehren, der Einsatz von On-Demand-Diensten und die bedarfsgerechte Anpassung von Taktzeiten.

Durch Beschleunigung der Linien und On-Demand-Angebote steigern wir zudem die Attraktivität des ÖPNV.

Damit das Sparziel im ÖPNV auch sicher erreicht wird, haben wir auch alternative Maßnahmenpakete als doppelten Boden in den Haushaltsbegleitantrag eingearbeitet.

An der Attraktivität und Kostenoptimierung im ÖPNV werden wir weiter auf Dauer in vielen Runden arbeiten müssen.

So bleibt einiges zu tun, doch wir scheuen uns als CDU-Fraktion nicht, diese Aufgaben auch anzupacken.

Für heute gilt mein herzlicher Dank zunächst den Mitgliedern meiner Fraktion. Es war ein hartes Stück Arbeit in einem zweimonatigen Prozess, in unzähligen Videokonferenzen und verschiedenen Gesprächsrunden eine Lösung für die Haushaltsproblematik zum Wohle unserer Stadt zu finden.

Ebenso gilt mein Dank den Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen, die freundschaftlich, ergebnisoffen und sachlich mit uns jeden Stein im Mülheimer Haushalt umgedreht haben auf der Suche nach tragbaren Lösungen.

Bedanken möchte ich mich auch bei der FDP-Fraktion, die sich ebenfalls der Verantwortung als gewählte Ratsmitglieder stellt und den Haushalt in der erarbeiteten Form mitträgt.

Stadtkämmerer Frank Mendack war und ist uns eine große Unterstützung. Uns eint das Ziel einer soliden, konsequenten und ehrlichen Haushaltsführung. Für jede Frage waren er und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung vertrauensvolle Ansprechpartner. Hierfür möchte ich mich bei allen Beteiligten im Namen meiner Fraktion bedanken.

Nicht vergessen möchte ich hierbei unseren neugewählten Oberbürgermeister, der nicht nur durch seine Mitarbeit im Arbeitskreis Haushalt und sein Interesse an dem Thema für ein Novum gegenüber seinem Amtsvorgänger sorgte, sondern ebenso jederzeit für Fragen und Einschätzungen bereitstand.

Noch immer begleitet uns die GPA durch Ihren Präsidenten Heinrich Böckelühr, hierfür bedanke ich mich herzlich. Ich freue mich, dass sie auch in diesem Jahr das Signal erhält, dass jedenfalls ein Teil des Mülheimer Rates an einer nachhaltigen und soliden Haushaltsführung interessiert ist.

All die Diskussionen und Beratungen haben sich gelohnt, für unser liebens- und lebenswertes Mülheim an der Ruhr und seine Bürgerinnen und Bürger.

Herzlichen Dank.